# Zentralrat ruft Muslime ruft zu Teilnahme an Demos auf

19. Januar 2024




Nach Enthüllungen über Hinterzimmertreffen von Rechtsextremen rufen überall in Deutschland Institutionen zum Protest auf, auch der Zentralrat der Muslime. Für ihn geht es um viel mehr.

Berlin (KNA) Auch Muslime in Deutschland sollen sich nach Worten des Zentralrats der Muslime an den derzeit stattfindenden Demonstrationen gegen Rechtsextremismus beteiligen. Angehörige der Religionsgemeinschaft sollten ihre Stimme als Betroffene und Bürger dieses Landes erheben, „denn wir sind Teil dieses Landes und wir sind bereit, aktiv und vehement für unserer Demokratie einzustehen“, erklärte der Zentralrats-Vorsitzende Aiman Mazyek am Freitag.

Übergriffe auf islamische Einrichtungen sowie die Pegida-Bewegung zeigten, dass Rechtsextremisten vor allem antimuslimischen Rassismus als Instrument nutzten, so Mazyek. „Muslime, insbesondere jene mit sichtbaren religiösen Merkmalen oder solche, die als Muslime identifiziert werden, sind diesem Hass und Anfeindungen im Alltag ausgesetzt. Dies ist inakzeptabel und erfordert eine entschlossene und vereinte Antwort von allen, die

die Werte der Demokratie und des Zusammenlebens in Deutschland schätzen.“

In zahlreichen Städten in Deutschland hatten zuletzt Tausende Menschen gegen Rechtsextremismus protestiert. Die Demonstrationen sind eine Reaktion auf die in der vergangenen Woche bekannt gewordenen Massenvertreibungsüberlegungen rechter Kreise.

Auch Vertreter der katholischen und der evangelischen Kirche hatten am Donnerstag zur Teilnahme an den Demos aufgerufen. In Hamburg etwa nahmen Bischöfin Kirsten Fehrs und ihr katholischer Amtskollege Erzbischof Stefan Heße am Freitag an einer Kundgebung teil. Der katholische Münsteraner Weihbischof Rolf Lohmann wird am Samstag in Kevelar gegen Rechtsextremismus auf die Straße gehen. In Hannover wird unter anderen der evangelische Landesbischof Ralf Meister erwartet.

Die sechs für Ostdeutschland zuständigen katholischen Bischöfe warnten indessen in einem gemeinsamen Appell vor den Umtrieben rechter Parteien. Sie erklären unter Verweis auf ihr Gewissen, sie könnten die Positionen extremer Parteien wie der „III. Weg“, der Partei Heimat oder auch der AfD nicht akzeptieren.

© KNA

Bild: niekverlaan auf Pixabay

Stand: 13. November 2026